

Und Paul Schiefer im Studio Guten Morgen.

Lange Wartezeiten auf Impftermine und Ärzte, die keinen Impfstoff geliefert bekommen, bei der Corona-Aufrischungsimpfung läuft nicht alles rund.

Wie man Abhilfe schaffen könnte, das frage ich gleich die Präsidentin der Apothekerkammer Ulrike Mursch-Ehlmeier.

Die EU-Länder schwächen neue Abgas-Normen für Autos und LKW ab, jetzt muss aber noch mit dem EU-Parlament verhandelt werden.

In der Region Bergkarabach im Kauker-Sus ist ein riesiges Treibstofflager exportiert, es gibt hunderte Verletzte, über die Zahl der Toten ist noch nichts bekannt.

Nach der Grundstücksaffäre rund um den Bezirksvorsteher in Wien-Donau-Stadt schließt Bürgermeister

Ludwig Konsequenzen für die betroffenen SPÖ-Politiker nicht mehr aus.

Und in Oberösterreich musste eine Wanderin 26 Stunden auf einem Felsvorsprung auf Hilfe raten.

Die Wetteraussichten hat Grunderschuller.

In den nächsten Tagen spät Sommer in Österreich, das heißt für Ende September wird es um fünf bis zehn Grad zu warm sein.

In ganz Österreich darf man heute auf die Sonne setzen.

Vorerst halten sich aber auch noch Streckenweise in Nebel und Hochnebel, und zwar besonders vom Flachgau bis ins Waldviertel sowie in Kernten unter Steiermark.

Meister bekommt schon im Lauf des Vormittags die Sonne durch.

Zwischen den Karawanken und dem Wechsel sind ab und zu etwas mehr Wolken dabei.

Ein paar Regentropfen sind im Südosten auch nicht ganz auszuschließen.

Es weht mäßiger in Ober- und Niederösterreich sowie im Norden der Steiermark auch lebhafter vöniger Südostwind.

Momentan hat es in den Landeshauptstädten zwischen acht Grad in Innsbruck und 15 Grad in der Wiener Innenstadt.

Am Nachmittag dann 20 bis 27, vielleicht auch 28 Grad.

Am wärmsten wird es zwischen dem Ausseerland und dem Mostviertel.

Viele Menschen wollen sich aktuell gegen Corona impfen lassen.

Teilweise gibt es aber erst im November wieder freie Termine.

Das sorgt jetzt für einen Schlagabtausch zwischen der Ärztekammer und dem Gesundheitsminister. Der stellt den Ärzten ein Ultimatum und will, dass noch diese Woche für rasche Impftermine gesorgt wird.

Die Ärztekammer will nichts von den Problemen wissen, man habe einfach noch keinen Impfstoff erhalten.

Victoria Waldecker hat nachgefragt, wo der Covid-Impfstoff derzeit ist.

120.000 Injektionsflaschen mit dem angepassten Corona-Impfstoff seien bereits in Österreich angekommen, heißt es aus dem Gesundheitsministerium.

Das Reiche für mehr als 600.000 Impfungen.

Seit knapp zwei Wochen werden die Impfstoffe auf die Bundesländer verteilt, sagt Andreas Windischbauer, Broschenvertreter der Pharma-Großhändler.

Seit 14.9. liefern wir die neuen Impfstoffe XBB aus, knapp 80.000 Impfstoffdosen sind damit ausgegangen.

Zum Teil werden die Impfstoffe direkt an die Ordinationen der Ärzte geliefert, zum Teil

an die Apotheken, die sie dann weiterleiten.

Nach fast drei Jahren mit Covid-Impfungen haben sich Transport und Lagerung eingespielt, sagt Windischbauer.

Und anders als zu Beginn der Pandemie, gäbe es jetzt ausreichend Impfstoff.

Also Impfstoffknappheit werden wir nicht haben.

Nur bei den Impfterminen hat er das also noch.

Hier hat auch der Gesundheitsminister die Ärztinnen und Ärzte bereits gemahnt.

Und ich bin jetzt verbunden mit der Präsidentin der Apothekerkammer Ulrike Mursch-Ehlmeyer.

Guten Morgen.

Guten Morgen, Herr Schiefer.

Ja, der Gesundheitsminister hat gestern gemeint, wenn das mit den Corona-Impfungen in den Arztpraxen nicht funktioniert, dann muss man das eben über die Apotheken abwickeln.

Sie haben immer gesagt, sie wären bereit dazu, aber stimmt das und lässt sich das auch machen für das gesamte Bundesgebiet?

Ja, wir bleiben dabei.

Wir haben in den letzten Jahren mehr als 2000 Apotheker ausgebildet in Sachen Impfen, in Tausend Apotheken in Österreich.

Und wir stehen bereit, falls die Politik uns beauftragt, Impfaufgaben zu übernehmen.

Wie schnell würde sich das dann auch umsetzen lassen?

Es würde sich relativ schnell umsetzen lassen.

Die Ausbildungen haben stattgefunden und das führt zur Analogie der Testaktivitäten während der Pandemie.

Vonstatten gehen, also wir werden in Kurzwebinaren und Schulungen die Apotheker darauf vorbereiten

und könnten innerhalb weniger Wochen damit beginnen.

Aus der Erzekammer hat es da gestern allerdings sehr deutliche Zweifel gegeben, wenn in den Apotheken geimpft würde, wäre das eine Gefährdung der Bevölkerung.

Das hat gestern Edgar Wutscher, der Obmann der niedergelassenen Ärzte im Mittagsschinal gesagt, weil bei Zwischenfällen die Apotheker nicht so helfen könnten wie ausgebildete Ärzte.

Was sagen Sie zu dieser Aussage?

Die Impfausbildung der österreichischen Apotheker hat noch internationalem Niveau stattgefunden.

Das ist eine international anerkannte Ausbildung zur Gefahr des Impfens in Apotheken.

In der Apotheken kann ich nur sagen, zum Beispiel Krippbeimpfungen in Ihr Land, in Apotheken

haben die Durchimpfung der Bevölkerung kurzfristig und also in kürzester Zeit um mehr als 60 Prozent erhöht und zwar weil sowohl in Apotheken geimpft wurde und dann wurde auch in

Ordinationen

mehr geimpft.

Also es steigert auch das Bewusstsein in der Bevölkerung und wenn ich davon ausgehe, dass

viele Menschen, die nicht lang sind, ja gar nicht in Ordinationen kommen und dadurch auch schweren Zugang zur Impfung haben, die kommen aber in die Apotheken und könnten

von uns dort motiviert und abgeholt werden.

Also wir wissen aus internationalen Vergleichen, dass in allen Ländern, wo in Apotheken geimpft wird, Durchimpfungsraten signifikant erhöht werden konnten.

Das heißt, wenn ich Ihnen richtig zuhöre, dann würden Sie das als eine Ergänzung zu

den Hausarztpraxen sehen, als eine zusätzliche Möglichkeit.
Selbstverständlich.

Umgekehrt gefragt, war es ein Fehler, die Impfungen an die Niederlager gelassenen
Ärzte zu geben?

Wir erinnern uns zurück, in der Corona-Pandemie hat es ja diese großen Impfzentren gegeben,
das hat dann nach einer Zeit durchaus reibungslos funktioniert.

Jetzt hat man das versucht neu aufzustellen, war das ein Fehler?

Das ist ein klassischer Zugang zu Impfungen über die Ordinationen, über die hausärztlichen
Ordinationen und das soll natürlich also bleiben.

Es ist nur wichtig, dass man nicht mehr aufs Zähm durchkürt oder produziert, wenn man sieht,
die Dinge funktionieren nicht optimal, sondern damals mir irgendwie beginnen, neue Angebote
zu schaffen, veränderte Angebote zu schaffen und meine Forderung ist daher ganz klar, die
österreichischen Apotheken ins staatliche Impfprogramm aufzunennen und wenn es jetzt
notwendig ist im Zusammenhang mit Covid-Impfungen, erweiterte Impfangebote, niederschwellige
Impfangebote zu schaffen, dann stehen wir natürlich zur Verfügung.

Es mangelt meiner Meinung noch nicht an Impfstoffen, sondern an Impfangeboten.

Wir haben gehört von diversen Ärzten, auch gestern vom Herrn Wutscher von der Ärztekammer,
dass die Ärzte Praxen teilweise noch keine Impfstoffe bekommen haben.

Woran hakt es da Ihrer Meinung nach?

Sie können aus meiner Erfahrung sagen, wenn die Ordinationen Impfstoffe bestellen, dann
erhalten sie Impfstoffe.

Das heißt, das ist eigentlich nicht erklärbar, wenn Ärzte sagen, sie haben es nicht bekommen.
Impfstoff steht zur Verfügung.

Es ist vielleicht unterschiedlich in den Bundesländern, das kann ich jetzt nicht beurteilen.

Ich weiß, dass der Impfstoff in den Mehrdosenbehältnissen zur Verfügung steht.

In der Pipeline ist eine Einmarspritze, das wird dann auch noch vereinfachen.

Die Applikation aber der klassische Impfstoff in Mehrfachbehältnissen steht zur Verfügung.

Telefon ist die Präsidentin der Apothekerkammer Ulrike Musch-Edelmeyer.

Wir haben gestern auch über die Versorgung mit Antibiotika berichtet und dass die Apotheken
sich jetzt dafür rüsten, diese Antibiotika selbst anzurühren.

Allerdings bekommen sie kaum etwas dafür, das ist nicht kostendeckend.

Wie würden Sie die aktuelle Situation bei den Antibiotikern jetzt vor der kommenden
Erkältungssaison beschreiben?

Die Apotheken haben ihre Winterbevorratungen analog der Verbrauchszahlen des Vorjahres
getätigt.

Die Auslieferungen laufen, was ich weiß aus der Kollegenschaft ist, dass die Lieferungen
sehr, sehr schleppend kommen und bei Weitem noch nicht vollständig sind.

Wir haben unsere Vorschläge zur Versorgungssicherheit an die Politik gerichtet, d.h. im speziellen
Nebenentsprechenden Lagern wollen wir Rohstofflager für problematische Rohstoffe dazu gehören
natürlich auch die Antibiotika, die wir als Schmerzmittel in Österreich haben und wir
werden dann noch magistrale Rezeptur, die wir mit zum Beispiel im Bereich der Kinderantibiotika
mit der österreichischen Gesellschaft für Kinderheilkunde über die Sommermonate erarbeitet
haben, dann aus diesen Rohstofflagern Antibiotika-Säfte für die Kinder z.B. zubereiten.

Wir können...

Entschuldigung, ja?

Sind wir da, wenn wir nicht Ihre Bescheidung jetzt aufnehmen, sind wir da gut genug gerüstert jetzt für die Erkältungssaison, für die Kaltesaison jetzt, für den Winter?

Die Ware ist nicht ausreichend ausgeliefert, macht uns Sorgen, also stellen wir fest, es kommt aber laufend noch Ware, man kann es auch nicht enkülig beurteilen, um Spitzen abzufangen.

Wirklich Versorgungsspitzen, Notfälle, wo es keinen vergleichbaren Wirkstoff gibt, wo es kein Produkt mehr gibt in den Apotheken und vonseiten der Hersteller bauen könnten wir kurzfristig Spitzenabfedern, indem wir aus Rohstofflagern, die aber noch nicht bestellt sind, die nicht in Auftrag gegeben sind, sobald diese Rohstofflage in Österreich vorliegen könnten, wir Spitzenabfedern, indem wir Magistral zubereiten, für einige Tage, für eine Woche. Aber der Winter wird schwierig werden, also wir gehen davon aus.

Sagt die Präsidentin der Apothekerkammer Ulrike Musch-Edelmayer.

Vielen Dank für das Gespräch.

Ich danke Ihnen.

Bitte hören.

In Brüssel ist dieser Tage wieder einmal über die Autos und die Folgen für die Umwelt verhandelt worden.

Es geht um die Frage, wie viele Schadstoffe Autos und Lastwagen ausstoßen dürfen.

Jetzt sprechen sich die EU-Länder für deutlich schwächere Abgaswerte bei der neuen Euro7-Norm aus.

Berichtet aus Brüssel, Raffele Scheidtreter.

8 EU-Mitgliedsländer rund um Frankreich und Italien setzen sich durch.

Sie sehen neue Abgaswerte für nicht notwendig, wo doch der Ausstieg aus Verbrennungsmotoren beschlossene Sache sei und neue Abgasregeln Autobauern nur hohe Kosten verursachen und sie im Wettbewerb mit China weiter belasten.

Österreichs Wirtschaftsminister Martin Kocher von der ÖVP hat sich bei der Abstimmung in Brüssel enthalten, denn der ebenfalls für das Vorhaben zuständigen grünen Umweltministerin Leonore Gewessler ist der Kompromiss zu wenig ambitioniert gewesen.

Eine Mehrheit der EU-Länder unterstützt, dass für die neue Euro7-Norm ähnliche Schadstoffwerte gelten wie für Euro6.

Allerdings gibt es erstmals Vorgaben zu Feinstaub, Bremsen und Reifenabrieb sowie einer Batteriedauer in E-Autos.

Für Lkw sollen etwas schärfere Abgaswerte bei Euro7 kommen.

Die EU-Kommission wollte auch für PKW strengere Abgaswerte, dass sich die EU-Länder mehrheitlich

für weniger Ambition aussprechen, das zeige, dass die grünen Umwelt- und Klimaziele der EU zurzeit ziemlich unter Druck geraten, lautet der Tenor unter Beobachtern.

Autohersteller sprechen hingegen von einem Kompromiss mit Augenmaß, Umweltorganisationen von einer Katastrophe für die Luftqualität.

Die Abgasnorm Euro7 soll für Neuzulassungen ab 2025 gelten, die Position der EU-Länder gilt allerdings nur als Einbaustein, bis das EU-Vorhaben beschlossen ist, denn erst

jetzt folgen Verhandlungen mit dem EU-Parlament, welches bei der Euro7-Norm etwas strengere

Vorstellungen hat.

In der Region Bergkara Bach hat also bei Czarn vor einer Woche mit seinem Angriff begonnen und das lange umkämpfte Gebiet zurückerobert, tausende armenische Bewohner der Enklave versuchen seither nach Arminien zu flüchten.

Dabei ist es offenbar beim Versuch, vieler Menschen Treibstoff für die Fahrt zu holen.

Bei einem Treibstofflager zu einer schweren Explosion gekommen, hunderte Menschen sind verletzt, wie viele Todesopfer es gibt, ist noch unklar.

Im jahrelangen Konflikt um Bergkara Bach konnte Azerbaijan jedenfalls immer auf die Unterstützung der Türkei zählen und auch jetzt, streicht der türkische Präsident diese Partnerschaft hervor, berichtet unsere Korrespondentin Katarina Wagner.

Es ist ein Handschlag zweier Partner, deren Beziehung laut Eigendefinition Enger nicht sein könnte.

Auch beim jüngsten Militärschlag gegen Bergkara Bach stand die Türkei klar hinter Azerbaijan.

Präsident Erdogan sprach dem Partner verbal Unterstützung aus, um dessen territoriale Integrität zu schützen.

Völkerrechtlich gehöre Bergkara Bach schließlich zu Azerbaijan, so Erdogan.

Und auch bei seinem gestrigen Treffen mit dem aserbajanischen Präsidenten Aliyev betont Erdogan.

Auf die Bedenken Azerbaijan sei in den vergangenen drei Jahren nicht eingegangen worden, deshalb musste eine Anti-Terror-Operation durchgeführt werden.

Man sei stolz auf eine Operation, die kurz und unter der Beachtung der Rechte der Zivilbevölkerung durchgeführt wurde, so Erdogan.

Die mehrheitlich armenischen Bewohner bei Bergkara Bach sehen das freilich anders.

Tausende von ihnen sind in den vergangenen Tagen aus Angst vor Unterdrückung aus der Region geflohen.

Erdogan und Aliyev, die beiden Staatschefs haben sich gestern in der autonomen aserbajanischen Exklave nach Rijejan getroffen.

Von Azerbaijan ist diese durch armenisches Staatsgebiet getrennt.

Nur ein kurzes Grenzstück verbindet die Exklave mit der Türkei und über diese soll bald eine Gaspipeline beide Länder verbinden.

Gestern legt Aliyev und Erdogan symbolisch den Grundstein dafür.

Doch noch eine andere Frage steht jetzt im Raum, jene rund um die Öffnung des sog. Sangesur-Korridors, der nach Rijejan durch armenisches Gebiet entlang der iranischen Grenze mit Azerbaijan verbinden soll.

Die Türkei erhofft sich durch eine Öffnung eine direkte Verbindung zum Kasbischen Meer und weiter nach Osten. Erdogan spricht über den Korridor gestern nicht direkt, betont aber für Frieden in der Region zu stehen.

Man hoffe, dass auch die Gesprächspartner daran aufrechtig interessiert sein.

Die Gespräche zwischen den Konfliktparteien Azerbaijan und Armenien sollen weitergehen.

Am 5. Oktober sollen die Staatschefs Pajinyan und Aliyev dafür im spanischen Granada zusammenkommen.

Besonders gut fürs Image der SBO dürfte die Affäre um den Grundstückskauf des Bezirksvorstehers in der Donaustadt in Wien schon jetzt nicht sein.

Es geht ja um den Vorwurf, dass er sich möglicherweise durch Insiderwissen einen persönlichen Vorteil verschafft hat.

Bürgermeister Michael Ludwig ist jetzt offenbar um Schadensbegrenzung bemüht. Er schließt Konsequenzen für die betroffenen SBO-Politiker nicht mehr aus. Stefan Kapacher berichtet.

Am Nachmittag hat SBO-Stadtreiterin Uli Sima noch wissen lassen, dass die Umwidmung des Nevri-Wie-Kleingartens korrekt abgelaufen sei ohne Eingriff ins Verfahren. Der Vorwurf ist freilich, dass der SBO-Bezirksvorsteher Insiderwissen zu seinem persönlichen Vorteil genutzt hat. Darauf hat am Sonntag auch SBO-Chef Andreas Babler konkret Bezug genommen.

Bürgermeister Michael Ludwig, der Ernst Nevri-Wie innerparteilich nahesteht, unterstützt jetzt Bablers Linie in einem Statement gegenüber der Kronenzeitung. Zitat Ludwig, wir haben hohe moralische Ansprüche, wer eine Funktion oder ein Mandat für die Wiener Sozialdemokratie übernimmt, weiß, dass er mit einem höheren Maß gemessen wird als Vertreter anderer politischer Parteien. Man werde jetzt rasch prüfen und dann gemeinsam mit dem Bund entscheiden, ob Konsequenzen notwendig sind zu der Wiener SBO-Chef. Ein 32-jähriger Mann aus dem Bezirk Braunau in Oberösterreich hat Ende Juli für einige Aufregung gesorgt.

Er soll bei zwei Besuchen im Freibad offen seine nationalsozialistischen Tätowierungen gezeigt haben. Heute wird dem Mann im Landesgericht Ried der Prozess gemacht. Thomas Rieher berichtet.

Schon in den Jahren 2015 und 2021 sollen auch Fotos in sozialen Netzwerken nationalsozialistische Symbole, wie das Tattoo einer schwarzen Sonne auf seiner Brust, öffentlich gezeigt haben. Heute muss er sich aber auch für Vergehen verantworten, die im Sommer viel Staub aufgewirbelt haben. Bei einem Besuch im Braunauer Freibad ist einem Polizisten aus Bayern ein mit Nazi-Symbolen und dem Schriftzug Blut und Ehre tätowierter Mann aufgefallen. Wenige Tage später sollte Angeklagte noch einmal seine Tattoos im Bad präsentiert haben. Im Fall eines Schuldspruchs droht im 32-Jährigen eine Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren. Die Verhandlung beginnt um 13 Uhr, bis 18 Uhr soll der geschworenen Senat ein Urteil gefällt haben.

26 Stunden musste eine Wanderin in Oberösterreich auf Hilfe warten.

Die hatte sich verstiegen und ist dann auf einem Felsvorsprung festgesessen.

Selbst konnte die 57-Jährige keine Hilfe mehr holen, weil ihr Handyakku leer war.

Kollegen haben sie Montag früh in der Arbeit vermisst und haben dann eine erfolgreiche Suchaktion ausgelöst, berichtet Doris Fische Stadler.

Die 57-Jährige Welserin war am Sonntagvormittag mit dem Zug nach Gmunden gefahren und dann zu ihrer Wanderung aufgebrochen.

Über die Meieralm wollte sie in Richtung Kabach gehen.

Dabei verstieg sie sich aber, sagt Alpine-Polizist Andreas Spitzbaut.

Sie ist im unwegsamen Gelände beim Spitzelstorn gesessen und die Nacht hat sie dann dort ausgehalten und hat auf Hilfe gewohnt.

Der Handyakku der Frau war nämlich zu dem Zeitpunkt bereits leer.

Kurz bevor sie sich verirrt hatte, hatte sie aber noch ein Bild der schönen Landschaft an eine Arbeitskollegin geschickt.

Und das war ihre Rettung.

Denn die Kollegen vermisten die Frau Montag früh in der Arbeit und alarmierten die Polizei.

Mit dem Bild konnten die Suchmannschaften das Suchgebiet etwas eingrenzen und waren schließlich erfolgreich so Spitzbaut.

Vom Hubschrauberhaus haben wir es lokalisieren können.

Da ist sie auf einem Felsfuhrsprung gesessen

und hat sich einen roten Biwagsack vor den Körper quasi gespaunt.

Dieser Biwagsack hatte ihr in der nur 10-Grad-Kalten-Nacht auch geholfen, sich warm zu halten.

Die Frau hatte Prellungen und Schürfwunden, war ansonsten aber guter Dinge.

Sie wurde vom Hubschrauber per Tau ins Tal geflogen.

Die Mellungen hat Marta gejaggert.

In der Kaukasus-Region Bergkarabach ist am Abend ein Treibstofflager explodiert.

Mindestens 20 Menschen sind tot und 290 Menschen verletzt.

Das haben die Behörden jetzt bekannt gegeben.

Unklar ist noch immer, was die Detonation ausgelöst hat.

Die Mehrheitlich von Armenien bewohnte Region

ist vergangene Woche von Azerbaijan erobert worden.

Mehr als 13.000 Menschen sind nach Angaben der armenischen Regierung bereits aus Bergkarabach nach Armenien geflüchtet.

Russland hat die ukrainische Hafenstadt Odessa wieder mit Drohnen angegriffen.

Dabei sollen Lagerhäuser und mehr als 30 Lkw zerstört worden sein.

Zwei Menschen wurden verletzt, so der Gouverneur von Odessa.

Die ukrainische Luftwaffe berichtet heute von insgesamt 38 Angriffen mit iranischen Kampfdrohnen.

Der Verfassungsgerichtshof beschäftigt sich heute

in einer öffentlichen Verhandlung mit dem ORF-Gesetz.

Es geht um die Frage, ob die ORF-Gremien zur Regierungsnah besetzt sind oder nicht.

Das Land Burgenland hatte Beschwerde erhoben

und eine Prüfung durch den Vfgh beantragt.

Im Stiftungsrat hat aktuell die ÖVP die absolute Mehrheit.

Die Regierung hätte großen Einfluss bei der Bestellung der Mitglieder so der Vorwurf aus dem Burgenland.

Und das Wetter heute.

Es ist sehr warm und überwiegend sonnig.

Vorerst gibt es Nebel- und Hochnebefelder.

Im Donaoraum weht lebhafter Wind aus Südost die Höchstwerte 20 bis 28 Grad.

Danke, Martin Georgiev.

Das war das Morgen schon all um acht.

[Transcript] Ö1 Journale / Morgenjournal um 8 (26.09.2023)

Sabine Heiner, Christian Millewald und Paul Schiefer sagen im Namen alle Beteiligten Danke fürs Zuhören. Es ist gleich acht Uhr und zwanzig Minuten.